



ATOMAUSSTIEG

01.09.2016

Poker um Reservekraftwerke



Foto: Art Anderson, Panoramio, Wikimedia (CC BY 3.0)

Bayern hätte gerne mehrere neue Gaskraftwerke ähnlich dem in Irsching.

Bayern verhandelt in Brüssel um eine Genehmigung für Reservekraftwerke zum Atomausstieg. Die Landesregierung von Baden-Württemberg reagiert verärgert und will nach Informationen von bizz energy in Berlin protestieren.

An dieser heiklen Stelle las der sonst so gerne saloppe Sigmar Gabriel extra vom Blatt ab. Der Wirtschaftsminister hatte am Dienstag in der Bundespressekonferenz gerade einen Erfolg verkündet. Die EU-Kommission billigt verschiedene Förderinstrumente für Kraftwerksbetreiber, damit sie unrentable Meiler für Notfälle in Reserve halten. Einem weiteren Finanztopf für den Neubau von Kraftwerken in Süddeutschland versagte die mächtige Wettbewerbskommissarin Margarethe Vestager aber zunächst ihre Zustimmung.

„Wir werden daher unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung im Oktober mit der EU-Kommission Gespräche darüber führen, wie eine beihilferechtlich akzeptable Lösung aussehen kann“, verlas Gabriel auf seine Papiervorlage blickend. Bayerns für Energie zuständige Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) hatte den Plan für neue Kraftwerke in Süddeutschland im Juli 2015 als großen Erfolg gefeiert. Ihr Chef, Ministerpräsident Horst Seehofer, hatte bei einem Gipfel im Kanzleramt mit Gabriel und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mehrere Konfliktpunkte um die Energiewende abgeräumt. Zusammen hatten sich die Koalitionsspitzen auch darauf verständigt, bis zum Abschalten der letzten Atomkraftwerke in Süddeutschland neue Gaskraftwerke für die Netzstabilität mit bis zu zwei Gigawatt zu fördern.

„Süddeutschland besteht nicht nur aus Bayern“

Dass nun außer dem Bundeswirtschaftsminister nur Bayern in Brüssel über das Ausräumen der letzten Hürde mitverhandeln darf, verärgert die schwarz-grüne Koalition in Stuttgart mächtig. Baden-Württembergs grüner Umwelt- und Energieminister Franz Untersteller setzt sich seit Jahren für Zahlungen für Reservekraftwerke im Südwesten ein und verweist nun mit Nachdruck auf den Wortlaut der Einigung vom vergangenen Jahr. „Süddeutschland besteht bekanntlich nicht nur aus Bayern“, sagt Untersteller auf eine Anfrage von bizz energy. „Uns hat es sehr verwundert, dass nur die bayerische Staatsregierung an den weiteren Gesprächen mit der EU-Kommission in Brüssel beteiligt sein soll. Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird deshalb beim Bundeswirtschaftsministerium um Klärung bitten.“

Im vor der Sommerpause in Berlin beschlossenen Strommarktgesetz wurde festgeschrieben, dass die Betreiber der Übertragungsnetze schon bis Ende Januar 2017 ermitteln sollen, ob und wo Bedarf an neuen Reservekraftwerken besteht. „Ich kann mir gut vorstellen, dass die aktuell von den Netzbetreibern durchgeführten Systemanalysen zu dem Ergebnis kommen werden, dass jedenfalls ein Teil dieser neuen Anlagen in Baden-Württemberg errichtet werden muss“, sagt Untersteller.

Größter Bedarf in Rheinland-Pfalz

Am Ende der Berechnungen könnten die Netzbetreiber allerdings Bedarf in noch weiteren Bundesländern feststellen. Ausgerechnet eine Studie im Auftrag Unterstellers kam im Juni zu dem Ergebnis, dass die am stärksten von fehlenden Erzeugungskapazitäten betroffenen Regionen in Rheinland-Pfalz und dem südlichen Nordrhein-Westfalen liegen.

Noch ist aber keineswegs sicher, dass die EU-Kommission den Staatshilfen für neue Kraftwerke überhaupt zustimmt. Das Problem: Die Bundesregierung hat sich zum Gefangenen ihrer eigenen Verhandlungstaktik gemacht. Ursprünglich wollte Brüssel nämlich das Wuchern von Fördertöpfen durch eine ebenso einfache wie marktwirtschaftliche Lösung verhindern. Deutschland sollte mehrere Preiszonen einführen. In Süddeutschland hätten Haushalte und Industrie dann mit höheren Stromkosten zu kämpfen gehabt, Energieversorger aber auch einen Anreiz erhalten, in neue Kraftwerke zu investieren.

Zweischneidige Verhandlungsstrategie

Gabriel brüstete sich nun in Berlin damit, EU-Kommissarin Vestager diese Lösung ausgedreht zu haben. Der Minister habe unter anderem damit überzeugt, dass die Bundesregierung den Netzausbau beschleunige, um die Engpässe in Süddeutschland zu beseitigen. Für die Neubau-Beihilfen erwies sich diese Argumentation bei der Kommission aber als Bumerang. „Sie sieht insbesondere nicht ein, dass wir sagen ‚ja, wir bauen die Leitungen aus‘, gleichzeitig aber für vorübergehende regionale Engpässe langfristige Kraftwerksinvestitionen gefördert werden sollen“, erklärte Gabriel.

Auch beim Zeitplan hat die Kommission ein starkes Druckmittel. Zwar sollen die Netzbetreiber schon bis Januar 2017 den Bedarf an neuen Kraftwerken ermitteln. Doch Gabriel musste eingestehen: Bei der beschlossenen Kapazitätsreserve für bereits bestehende Kraftwerke muss die Bundesrepublik ihr Verfahren zur Ermittlung des Bedarfs mit der Kommission abstimmen. Gut möglich also, dass Vestager bei den Verhandlungen im Oktober auf ein ähnliches Prozedere auch für neue Kraftwerke beharrt.

Mit dem Bau neuer Meiler könnte es dann aber eng werden. Das Gutachten für das Umweltministerium in Stuttgart zufolge können schon 2020 erhebliche Engpässe in Süddeutschland entstehen. Bayern gibt sich dennoch überzeugt, dass der Zeitplan eingehalten werden kann. „Dies gilt insbesondere, wenn die Übertragungsnetzbetreiber für die Netzstabilitätsanlagen auf die bereits in Planung befindlichen Standorte in Süddeutschland zurückgreifen“, sagt ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums in München. In Bayern planen bereits RWE, das Schweizer Unternehmen PQ Energy sowie die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Gasmeiler.

Manuel Berkel

Keywords:

Ressorts: